



DEUTSCHER  
FRAUENRAT

Deutscher Frauenrat e.V. /// Tempelhofer Ufer 11 /// 10963 Berlin

Herrn Bundeskanzler  
Friedrich Merz  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

////////////////////////////////////

National Council  
of German Women's  
Organizations

////////////////////////////////////

Tempelhofer Ufer 11  
10963 Berlin

Tel +49 30 204 569 0  
kontakt@frauenrat.de  
www.frauenrat.de

Berlin, 10.2.2026

## **GESCHLECHTERGERECHTE ARBEITSZEITPOLITIK FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE GESELLSCHAFT**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die aktuelle politische Diskussion um eine Reform des Arbeitszeitgesetzes. Als Zusammenschluss von rund sechzig bundesweit aktiven Frauenorganisationen und größter Interessensvertretung von Frauen in Deutschland sind wir in großer Sorge über die Richtung dieser Debatte. Denn seit Jahren fordert der Deutsche Frauenrat eine gleichstellungspolitisch verantwortungsvolle Arbeitszeitpolitik ein.

Das insbesondere auf Wunsch Ihrer Partei im Koalitionsvertrag verankerte politische Vorhaben zur Einführung einer wöchentlichen statt der täglichen Höchstarbeitszeit soll zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Tatsächlich aber droht es, bestehende Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern weiter zu vertiefen – und gerade der Ausschöpfung des brach liegenden Erwerbspotenzials zuwider zu laufen.

Denn nach wie vor tragen Frauen den größten Anteil der unbezahlten Sorgearbeit – in der Kinderbetreuung, in der Pflege und im Haushalt. Schon jetzt arbeiten erwerbstätige Frauen nach der Zeitverwendungserhebung des Statistischen Bundesamtes pro Woche mit 54 Stunden rund eine Stunde länger als erwerbstätige Männer mit 53 Stunden – betrachtet man die gesamte Zeit, die sie für unbezahlte Sorgearbeit und bezahlte Erwerbsarbeit aufwenden. Wenn die Einführung einer Wochenhöchstarbeitszeit das Direktionsrecht des Arbeitgebers ausweitet, werden Arbeitszeiten weniger planbar, unregelmäßiger und im Einzelfall auch länger. Das trifft vor allem Frauen und läuft dem Ziel ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Arbeitsmarkt zuwider.

Was unsere Gesellschaft braucht, sind Arbeitszeitmodelle, die gerade Menschen mit Familienpflichten mehr Selbstbestimmung und echte Zeitsouveränität ermöglichen.

////////////////////////////////////

Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN DE89 3702 0500 0003 2587 00  
BIC BFSWDE33BER

////////////////////////////////////

Finanzamt für Körperschaften I, Berlin  
Steuernummer 27/663/56547  
Ust-IdNr. DE214054759

Eine Reform des Arbeitszeitgesetzes darf deshalb nicht zu einer Erosion von Schutzstandards führen, sondern muss den Gesundheitsschutz, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern stärken.

Das Arbeitszeitgesetz ist kein Relikt vergangener Jahrzehnte, sondern ein zentrales Instrument für soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung. In der öffentlichen Debatte sogar das Arbeitszeitgesetz als Ganzes zur Disposition zu stellen, ist aus unserer Sicht gefährlich. Eine zeitgemäße Arbeitszeitpolitik baut auf den wirksamen Regelungen des Arbeitszeitgesetzes auf und sollte darauf abzielen, Beschäftigten verlässliche Rahmenbedingungen zu geben, unter denen Erwerbsarbeit und Sorgearbeit planbar bleiben und fair verteilt werden können. Erst dann werden wir das Erwerbspotenzial von Frauen besser mobilisieren können – um ihre ökonomische Eigenständigkeit zu stärken und die Fachkräftebasis zu sichern.

In der Vergangenheit haben Sie wiederholt betont, wie wichtig Ihnen die Anliegen von Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind. Diesem Anspruch kann die Union nur gerecht werden, wenn sie in der Arbeitszeitpolitik klare gleichstellungspolitische Leitplanken setzt. Eine Politik, die Flexibilität allein aus der Perspektive wirtschaftlicher Interessen denkt, verkennt die Lebensrealitäten vieler Familien und insbesondere von Frauen.

Wir fordern Sie daher auf, den Acht-Stunden-Tag nicht abzuschaffen und stattdessen eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik ins Zentrum Ihrer Politik zu stellen. Der Wunsch nach Flexibilität darf keine Einbahnstraße zugunsten von Arbeitgebern und erst recht kein Einfallstor für eine Rückkehr zu überholten Rollenmustern sein und damit zusätzliche Belastungen für Frauen schaffen.

Eine moderne Arbeitswelt braucht Regeln, die Gleichstellung fördern, nicht gefährden. Gerade wo deren Bedingungen nicht durch Tarifparteien verhandelt werden, wie u.a. in einigen frauendominierten Branchen, sind gesetzliche Mindeststandards von besonderer Bedeutung.

Gerne möchten wir mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen und freuen uns über Terminvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Beate von Miquel  
Vorsitzende

Anja Weusthoff  
Stellvertretende Vorsitzende